

Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt • Vereinigung der Liberalen und des Gewerbes •
Liberal-demokratische Partei Riehen/Bettingen • Jungliberale Basel

Mitgliederversammlung vom 24. August Intensive Diskussion um MWST-Erhöhung

Nach intensiven Diskussionen und mit grossen Bedenken beschloss die LDP-Mitgliederversammlung von Ende August die Ja-Parole zur geplanten MWST-Erhöhung. Dem Verzicht auf die Einführung der Allgemeinen Volksinitiative wurde dagegen diskussionslos zugestimmt. Und erwartungsgemäss fiel die Nein-Parole zum Ausbau Wasgenring/Luzernerring einstimmig aus.

Liberalen fällt es naturgemäss schwer, einer Steuererhöhung zuzustimmen. So war nahezu selbstverständlich, dass die für den Ausgleich des IV-Schuldenbergs vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer bereits im LDP-Vorstand nicht auf ungeteilte Zustimmung stiess.

Nach intensiven Diskussionen beschloss das Gremium, der Parteiversammlung die Ja-Parole zu empfehlen.

Die Diskussionen setzten sich auch in der Mitgliederversammlung selbst fort.

Sanierungsfall IV

Michael Michaelis erläuterte die Vorlage. Es geht darum, die Mehrwertsteuersätze zugunsten der Invalidenversicherung (IV) während sieben Jahren (2011–2017) zu erhöhen. Der

Satz für Lebensmittel steigt um 0,1 Prozentpunkte, derjenige für das Hotelgewerbe um 0,2 und derjenige für die übrigen Waren und Dienstleistungen um 0,4 Prozentpunkte. Mit diesem wichtigen Schritt im Sanierungsplan kann dem Defizit und der enorm anwachsenden Verschuldung (Ende 2008 = 13 Milliarden CHF) der IV Einhalt geboten werden.

Befreiung der AHV

Zudem wird die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) endgültig davon befreit, für das Defizit der IV aufkommen zu müssen. Da die Zusatzfinanzierung mit einer Verfassungsänderung verbunden ist, bedarf sie der Zustimmung einer Mehrheit des Volkes und der Kantone.

Vier-Schritte-Plan

Als erster von vier Schritten des Sanierungsplans ist seit 1. 1. 2008 die 5. IV-Revision (Verstärkte Eingliederung und gezielte Sparmassnahmen) in Kraft; sie soll das Defizit auf jährlich 1.4 Mia. Fr. stabilisieren. Der zweite Schritt ist die heutige Vorlage mit der temporären Erhöhung der MWST um 0.1 bis 0.4 % ab 1.1.2011 bis 31. 12. 2017.

Der dritte Schritt ist die jährliche Überweisung des Bundes in Höhe von 360 Millionen Franken an die AHV für die Zinslast des Defizits. Zusätzlich wird die IV von der AHV durch Einrichten eines IV-Ausgleichsfonds (Startkapital:

LDP-Interpellation zeigt Wirkung

Dass Interpellationen Wirkung zeigen können, beweist ein Vorstoss von Christine Wirz-von Planta. Sie hatte den Regierungsrat angesichts von Dutzenden von «Mini-Baustellen» im Hegenheimerquartier gefragt, warum immer mehrere Parkplätze pro Baustelle gesperrt und – obwohl sichtbar unbenutzt – über's Wochenende blockiert bleiben. In der Antwort gibt der Regierungsrat zu, dass die Arbeiten nicht optimal koordiniert waren, und verspricht Besserung. Trotzdem kann man sich mit der Antwort nur «bedingt zufrieden» zeigen. So wird die Anzahl der blockierten Parkplätze (78!) verniedlicht. Es ist keineswegs ein Pappentiel, wenn der Anwohnerschaft im Quartier knapp 30% der Parkplätze während längerer Zeit nicht zur Verfügung stehen. Unsere Fraktion wird deshalb im Auge behalten, ob die versprochene Besserung tatsächlich eintritt.
André Auderset



Im Vordergrund lauschen die beiden Vizepräsidentinnen den Ausführungen an der Mitgliederversammlung. Foto: Philip Karger

Inhalt

Mitgliederversammlung vom 24. August:	
Intensive Diskussion um MWST-Erhöhung	1
LDP-Interpellation zeigt Wirkung	1
Nein zum unsinnigen und gefährlichen Wasgenring-Rückbau	3
LDP-Exponenten in den Medien	4
LDP-Vorstösse zu Kantons-Allianzen:	
Gouverner, c'est prévoir	5
Neubau von Kinderspital-Areal: Mutloser Regierungsrat	6
Angriffe gegen Novartis-Exponenten: Verbrecherische Tierversuchsgegner stoppen	6
Liberalen zwischen Affen und Eseln	7
LDP Riehen startet durch	8
Jungliberale fordern «Studentbikes»	8
Der Richter am Basler Strafgericht	9
Mitglieder werben Mitglieder	12

Rubriken

Dr Schaggi Barteschlag maint	12
Aufnahmen, Termine und Veranstaltungen	12

5 Milliarden) getrennt, so dass die AHV nicht weiter ausgehöhlt werden kann.

Als vierter und letzter Schritt soll die geplante 6. IV-Revision mit Kostensenkungen und einer nachhaltig ausgeglichenen Rechnung ab 2018 eine Einsparung von jährlich 570 Millionen Franken bringen.

Somit sollte die IV-Rechnung nach Ablauf der befristeten MWST-Erhöpfung im Gleichgewicht sein. Die Auswirkung auf die AHV ab 2011 wird durch die Einstellung des Ausgleichs der Defizite p.a. 1.4 Milliarden Franken mehr für die Rentenzahlung der AHV zur Verfügung stehen.

Aufgrund dieser Ausführungen sprach sich Michaelis namens einer Vorstandsmehrheit für die Ja-Parole aus.

15 Jahre Sündenfall

Die abweichende Meinung im Vorstand vertrat André Auderset: Umbestritten sei lediglich, dass die Invalidenversicherung mit einer Schuldenlast von CHF 13 Mia. ein krasser Sanierungsfall ist.

Bis 1993 deckten die Einnahmen noch die Ausgaben, danach lief die Ausgabenseite restlos aus dem Ruder. Die Gründe liegen zum einen in

der hohen Anzahl von Fällen mit sogenanntem Migrationshintergrund, zum anderen wurden verstärkt nicht mehr benötigte Arbeitskräfte in die IV ausgelagert, wobei neben Privatunternehmen auch die Gemeinwesen zu den grösseren Sündern zählen.

Fragliche Befristung

Es sei aber naiv anzunehmen, dass die Steuererhöhung nur befristet vorgenommen werde. Ausserdem setze man ein falsches Zeichen, wenn man jetzt mehr Geld spreche, ohne eine umfassende Sanierung auf Leistungseite zu verlangen. Dazu müsse beachtet werden, dass noch weitere Begehrlichkeiten vorhanden seien und diese MWST-Erhöpfung einen Präzedenzfall liefere. Schliesslich - so Auderset - werde dem Konsum mit der Satz-Anhebung pro Jahr rund eine Milliarde Franken entzogen und damit der Aufschwung behindert.

Nach intensiver Diskussion sprach sich die Versammlung ohne Begeisterung, aber im Verhältnis von 3:1 für die Ja-Parole aus. Den Ausschlag gab das Argument, dass die IV nun mal saniert werden müsse, und dass es besser sei, dies

LDP-Parolen

Rückbau Wasgenring und Luzerneriring: **Nein**

Verzicht auf allgemeine Volksinitiative **Ja**

Erhöhung der MWST zur IV-Sanierung **Ja**

über die Umsatzsteuer als über erhöhte Lohnnebenkosten zu machen.

Zwei problemlose Traktanden

Diskussionslos und einstimmig wurde die Ja-Parole zum zweiten eidgenössischen Traktandum beschlossen, dem Verzicht auf die Einführung der Allgemeinen Volksinitiative. Vizepräsidentin Stefanie Thomann erinnerte daran, dass die LDP die einzige Partei in Basel gewesen sei, welche 2003 die Einführung dieses jetzt auch allgemein als untaugliches Instrument erkannten Volksrechtes abgelehnt hatte.

Erwartungsgemäss ebenfalls einstimmig wurde die Nein-Parole zum Wasgenring-Rückbau beschlossen. Die Argumente sind auf der nachfolgenden Seite zu finden.

Patric C. Friedlin – ein Liberaler aus Überzeugung

Am 12. Juli dieses Jahres wurde unser Mitglied Patric C. Friedlin in Folge eines tragischen Unfalls in das Universitätsspital in Basel eingeliefert; dort lag er einige Tage im Koma, aus welchem er nicht mehr erwachte. Seinen kurz bevorstehenden 50. Geburtstag durfte er nicht mehr erleben. Am 24. Juli fand in würdigem Rahmen die Abdankung statt. Eine namhafte Delegation der LDP Basel-Stadt nahm an der Verabschiedung ihres langjährigen und engagierten Mitglieds teil. Patric C. Friedlin nannte sich selbst einen Liberalen aus Überzeugung. Entsprechend engagierte er sich in seiner Partei mit all seiner Kraft. An Parteiversammlungen fiel er nicht nur durch seine äusserst gepflegte Erscheinung auf, sondern vor allem durch seine wohl überlegten Voten, mit denen er zur Befolgung der reinen, echt liberalen Lehre aufforderte. Auch der Parteivorstand durfte sich seiner Reaktion sicher sein, wenn immer er unliberale Tendenzen zu erkennen glaubte. Basel war seine Heimat, die er liebte und für die er gewillt war, sich einzusetzen. Viel zu früh wurde diesem Wirken ein Ende gesetzt. Wir verabschieden uns von einem treuen Mitglied, dessen Präsenz wir vermissen werden. Seinen Eltern und seinen Kindern wünschen wir die Stärke, diesen schmerzlichen Verlust zu verkraften. Trost finden sie und wir alle, die Patric C. Friedlin gekannt haben, in der Erinnerung an sein Wirken und Wesen.



Entsprechend dem tropischem Klima diskutierte die Mitgliederversammlung heiss über die vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer. Foto Philip Karger

Kantonale Abstimmung vom 27. September: Nein zum unsinnigen und gefährlichen Wasgenring-Rückbau

Eine funktionierende - und für Basel wie die Nachbarn sehr wichtige - Strassenachse kaputt machen, dafür 30 Mio. Franken ausgeben und erst noch die umliegenden Quartiere mit Schleichverkehr belasten? Dazu sagen die Liberalen mit Überzeugung Nein! Kein Argument ist auch, dass ein solcher Rückbau einmal versprochen worden sei. Die Bedingungen für die Einlösung dieses Versprechens sind nämlich heute nicht gegeben.

Das Strassensystem in Basel ist - rein theoretisch - gut aufgegleist. Es gibt die Ebene der Tempo-30-Zonen sowie der Wohn- und Begegnungsstrassen, die möglichst nur dem Ziel- und Quellverkehr dienen sollen. Dann gibt es Sammelstrassen, welche den Verkehr aus diesen Zonen auf die Hauptverkehrsachsen leiten sollen. Und schliesslich gibt es die Transitachsen.

Funktionierende Achse

Die Route Wasgenring - Luzernerring bildet heute eine gut funktionierende Transitachse. Seit der Eröffnung der Nordtangenten-Ausfahrt im Juni 2007 hat der Verkehr am Wasgenring massiv und kontinuierlich zugenommen. Und jetzt soll diese Strecke einspurig werden und die Kreuzung Luzernerring/Wasgenring - Hegenheimerstrasse mit einem Kreisel versehen wer-

den! Man muss kein Ingenieur sein, um zu erfassen, dass diese geplanten Massnahmen katastrophale Auswirkungen für das ganze Gebiet mit sich bringen würden.

Unverständliche Pro-Argumente

So ist es denn - sehr höflich gesagt - nicht nachvollziehbar, wenn der zuständige Departementvorsteher von einem Projekt «zu Gunsten des motorisierten Verkehrs» spricht. Natürlich hat es auch heute zu Spitzenzeiten schon Stau auf dem Wasgenring. Der Glaube, dass der Stau geringer wird, wenn man die Kapazität halbiert, ist mit naiv aber nur vornehm beschrieben. Sollte das Projekt zu Stande kommen, muss mit einer Verlagerung des Verkehrs in die Quartiere gerechnet werden. Wenn die Autofahrer auf der Transitachse regelmässig im

Stau stecken, suchen sie bald Alternativen und weichen auf die Tempo 30-Quartierstrassen aus. Zudem droht ein regelmässiger Rückstau bis auf die Autobahn, was zu sehr gefährlichen Situationen führen kann. Schon jetzt gibt es bei Stosszeiten Stau bis auf die Nordtangentenabfahrt.

Gefahr für Veloverkehr

Kreisel bergen grosse Gefahren für Velofahrer/-innen, insbesondere bei starkem Verkehrsaufkommen, wie das Beispiel des Kreisels bei der Motofahrzeugkontrolle in Münchenstein zeigt. Warum also die bestehende Kreuzung mit ihren Lichtsignalen, die Klarheit und Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer bringt, in einen Kreisel umwandeln? Der Rückbau ist mit 30 Millionen Franken veranschlagt, unter Berücksichtigung der

Wasgenring-Rückbau

Nein

Kein Stau für 30 Mio.

Kein Schleichverkehr in den Quartieren!

www.wasgenringstau-nein.ch



Eines der Plakatmotive, die für die Nein-Parole zum unsinnigen Rückbau-Projekt werben.

geplanten Werkleitungsarbeiten sogar mit 45 Millionen Franken. So viel für den Rückbau einer wichtigen Hauptverkehrsachse, welche in keiner Weise sanierungsbedürftig ist, auszugeben, ist eine völlig unnötige Verschwendung von Steuergeldern.

Verzicht ist kein Wortbruch

Im Kompromiss, der seinerzeit im Rahmen der «Werkstadt Basel» ausgehandelt worden ist, wurde die Verengung der betreffenden Strassen mit dem Bau des Zubringers Allschwil verknüpft. Diese Bedingung wird jetzt aber nicht erfüllt, die Entlastungsstrasse ist aus den Traktanden gefallen. Hingegen ist aber geplant, das Gewerbegebiet Bachgraben auszubauen, was sicher mit Mehrverkehr verbunden ist. Ohne Absprache mit dem Kanton Basel-Landschaft und der Gemeinde Allschwil soll jetzt einseitig auf Basler Boden die Verkehrskapazität eingeschränkt werden. Das kann so unmöglich gut gehen - und schon allein deshalb: Nein zum unsinnigen Rückbau!



Quasi am Ort des Geschehens - nämlich im Restaurant Luzernerring - wurde den Medien erläutert, was gegen den Rückbau am Wasgenring und Luzernerring spricht.
Foto: Philip Karger

Informationen
Weitere Informationen finden Sie online unter:
www.wasgenringstau-nein.ch

LDP-Exponenten in den Medien

Über mangelnden Kontakt zu den Medien konnten sich die diversen Exponenten der LDP Basel-Stadt in jüngster Zeit wahrlich nicht beklagen. Sei es bei der Präsentation der liberalen Vorstösse zum Thema «kantonale Allianzen», sei es bei der Medienkonferenz des Komitees «Nein zum Wasgenring-Rückbau», wo mit Andreas Burckhardt und André Auderset gleich zwei LDP-Vertreter referierten - man sah sich des öfteren mit Mikrofonen konfrontiert. Nachfolgend einige Eindrücke (Fotos: Philip Karger):



Kantonsallianzen

Gouverner, c'est prévoir

Starke Regionen werden gebildet: Der Kanton Bern möchte sich einem wirtschaftlich motivierten Zweckverbund der Westschweiz anschliessen und der Kanton Zürich überlegt sich einen politischen Zusammenschluss mit Ostschweizer und Zentralschweizer Kantonen. Wo bleibt Basel? Die Liberalen sind der Meinung, dass sich die Regierung ernsthafte Gedanken machen muss über die Bildung eines Wirtschaftsraumes Nordwestschweiz.



von Christine Wirz-von Planta, Fraktionspräsidentin LDP

Der Stadtkanton Basel im Dreiländereck kooperiert bereits heute in verschiedensten Bereichen in erster Linie mit dem Nachbarkanton Basel-Landschaft, aber auch über die Grenzen hinweg in der näheren und weiteren Region.

Es ist nicht genug

Genügt dies jedoch auch in Zukunft, um alle wichtigen Staatsaufgaben zu bewältigen, sich das nötige Gewicht in Bern zu verschaffen und

die Positionierung im inländischen Standortwettbewerb zu verbessern? Die Vorteile eines mehrkantonalen Raumes zeichnen sich u.a. in den Bereichen Bildung und Gesundheitsversorgung, beim Steuerwettbewerb, bei der Erschliessung von wirtschaftlich nutzbaren Zonen und der Wirtschaftsförderung generell ab.

Ein Konzept tut not

Schon aus diesen Gründen und unabhängig von der anvisierten Bildung grösserer Konglomerate im Westen und Osten ist es vordringlich, ein Konzept zur Schaffung eines mehrkantonalen Raums Nordwestschweiz zu erstellen und diesbezüglich Absprachen mit möglichen Partnerkantonen zu treffen.

Politisch nicht zu verantworten wäre ein untätiges Abwarten

auf die Bildung der neuen Regionen Zürich und Bern-Romandie; die damit verbundenen Vorteile könnten sich zum Nachteil der unbeteiligten Kantone erweisen.

Zwei Interpellationen und zwei Anzüge

In diesem Sinne haben die Liberalen zwei parlamentarische Anzüge und zwei Interpellationen verfasst und anlässlich einer Pressekonferenz Anfang Juli vorgestellt:

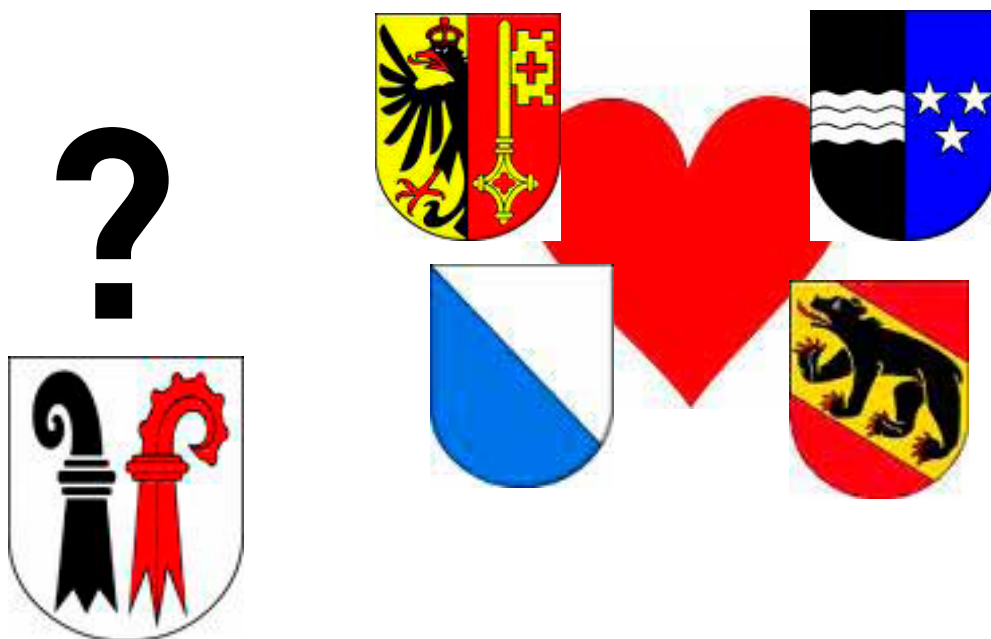
- Interpellation Patricia von Falkenstein betr. Positionierung von Basel-Stadt im Umfeld der entstehenden zwei neuen Regionen Zürich und Bern-Romandie,
- Interpellation Thomas Strahm betr. Durchführung einer Tagung von Regierungs- und Parlamentdelegationen von verschiedenen

Kantonen zur Abklärung des Interesses an einer engeren Zusammenarbeit mit dem Kanton BS in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht,

- Anzug Dr. Heiner Vischer betr. Aufnahme von Verhandlungen mit potenziellen Partnerkantonen zur Bildung eines politischen Raumes bzw. eines Wirtschaftsraumes NWCH,
- Anzug Christine Wirz betr. Konzept zur Schaffung eines mehrkantonalen Raumes NWCH.

Pissoir-Wagen zur Erleichterung an den Rhein-Ufern

Mit dem Aufstellen von Latrinenwagen soll dem Problem des «Wildpinkelns» an den Kleinbasler Rhein-Bermen begegnet werden. Dies fordert LDP-Grossrat Heiner Vischer in einer Schriftlichen Anfrage. Zwar hätten die zuständigen Behörden an vier Standorten geschlechtergetrennte Toilettencontainer aufgestellt, aber das Problem des Urinierens im öffentlichen Raum sei noch immer vorhanden und beeinträchtige die Lebensqualität massiv. Vischer sieht Handlungsbedarf für weitere Massnahmen, und da es sich in Sachen «Wildpinkeln» fast ausschliesslich um männliche «Täter» handle, wären Pissoir-Wagen, wie sie etwa bei Volksfesten oder bei der Herbstmesse zum Einsatz kommen, eine ideale Lösung. Damit könne schnell und unkompliziert die Situation verbessert werden. Dies nicht zuletzt auch dadurch, dass in solchen Wagen mehr Personen schneller ihre Notdurft verrichten können. Weiter fordert Vischer, die Hinweise, wo sich solche Anlagen befinden, seien zu verbessern.



Wenn plötzlich die unterschiedlichsten Kantone ihre Liebe für einander entdecken, muss sich Basel fragen, warum man nicht einmal gefragt wird, ob man mitmachen will. Fotomontage: Auderset

Neuüberbauung Kinderspital

Korrektur dringend notwendig!

Für die Überbauung des Kinderspital-Areals hat der Kanton einen Wettbewerb ausgeschrieben und nun ein Sieger-Projekt erkoren. Mit dieser Wahl geht Basel nach Überzeugung der LDP nicht den richtigen Weg. Eine bedeutende Chance, Familien aus dem oberen Einkommens- und Vermögens-Segment zurückzuholen oder neu anzulocken, wird so vertan.



von Grossrätin Patricia von Falkenstein, Vizepräsidentin LDP
In unserem Kanton haben wir überdurchschnittlich viele Einwohnerinnen und Einwohner, die den Staat Geld kosten. Um das finanzieren zu können, brauchen wir Steuereinnahmen. Die fließen zurzeit gut von den Firmen, weniger gut von den natürlichen Personen. Wir brauchen einen vorteilhafteren Mix von besser verdienenden und vermögenden Leuten und solchen, die den Staat brauchen. Dazu brauchen wir Wohnungen, welche den Ansprüchen von Vermögenden genügen. Auch Luxus-Wohnungen. Es ist unverständlich, dass die für Immobilien Basel-Stadt zu-

ständige Regierungsrätin Eva Herzog sich offenbar an der Medienorientierung zur Präsentation der Wettbewerbs-Resultate zur Wohnüberbauung Kinderspital dahingehend geäussert haben soll, dass es keine Luxus-Wohnungen geben soll. Wo, wenn nicht an diesem Standort, sollen im Kanton Luxus-Wohnungen entstehen können?

Reich sein ist keine Schande

Es ist erfreulich, dass inzwischen von verschiedenen Seiten diese Aussage korrigiert worden ist. Der Leiter von Immobilien Basel-Stadt scheint erkannt zu haben, dass dort Wohnungen entstehen müssen, die höchsten Ansprüchen genügen. Auch der Gewerbeverband hat sich kritisch geäussert, wie auch Vertreter der Planungsbranche. Anlässlich einer Podiumsdiskussion soll auch der Leiter der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung, Thomas Kessler, gesagt

haben, es sei keine Schande, reich zu sein und wir bräuchten deshalb auch in Basel Luxus-Wohnungen. Es kommt dazu, dass es im Kanton zu wenige grosse Wohnungen gibt, mit mehr als 4,5 Zimmern und einer Fläche von mehr als 110m². Auch 5 – und 6 – Zimmer-Wohnungen sind in Basel – gemäss neuesten Erhebungen – Mangelware. Die Liberalen werden sich im Grossen Rat für eine Verbesserung des Projekts einsetzen und auch ausserhalb dieser Diskussion Engagement zeigen, um die Voraussetzungen zu schaffen, zusätzliche Menschen zum Wohnen in Basel, Riehen und Bettingen zu bewegen. Für uns ist Luxus kein negativ belegter Begriff; im Gegenteil sind Menschen, die über den üblichen Standard hinaus gehende Wünsche haben und sich diese erfüllen können, wichtig für Konsum, Investitionen und durch ihre Steuerzahlungen für die Einnahmen des Kantons.



So sieht es gemäss dem prämierten Vorachlag aus, das Projekt «Riva» auf dem bisherigen Areal des Kinderspitals. Mit einem beträchtlichen Anteil an Kleinwohnungen und dem ausdrücklichen Verzicht auf «Luxus» erfüllt es aber nicht das Erfordernis, gute Steuerzahler anzuziehen. Foto Kanton Basel-Stadt

Verbrecherische Tierversuchsgegner stoppen



von Grossrat Heiner Vischer

Die LDP Basel-Stadt fordert gezielte Anstrengungen der Behörden, um Mitarbeitende der Pharma-Industrie vor den verbrecherischen Aktivitäten fundamentalistischer Tierversuchsgegner zu schützen. In meiner Interpellation wird der Regierungsrat angefragt, welche Massnahmen er zu ergreifen gedenkt, um die Sicherheit von Personen und Einrichtungen zu erhöhen, welche offensichtlich im Visier von «Tierschützern» sind. Ganz abgesehen von der kriminellen Bedrohung gegen die menschliche Integrität gilt es auch zu bedenken, was für einen volkswirtschaftliche Nutzen und insbesondere auch die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen die Stadt und die gesamte Region Basel diesen Firmen zu verdanken hat. Es ist deshalb klarer Handlungsbedarf gegeben. Einer der Schlüssel zur Verhinderung weiterer Untaten ist die verstärkte Kooperation der Basler Behörden mit den Unternehmen selbst, aber auch mit den verantwortlichen Stellen auf Bundesebene und im Ausland. Dies kann insbesondere dazu führen, dass Exponenten gewalttätiger Organisationen schon in ihrem Herkunftsland, spätestens aber bei der Einreise in die Schweiz festgesetzt werden können.

Zolli-Apéro: Die Liberalen zwischen Affen und Eseln

Organisiert von Steffi Thomann, Präsidentin des Quartiervereins Grossbasel-West, und Philip Karger (s. Bild rechts oben) trafen sich die LDP-Mitglieder bei sommerlichen Temperaturen zu einem gemütlichen Apéro im Basler Zolli. Unter Führung von Zolli-Direktor Olivier Pagan konnten vor allem die Mitglieder der Grossratsfraktion feststellen, dass es im Zusammenleben von Affen oder Wildeseln doch einige Parallelen zum politischen Alltag gibt. Hier einige Impressionen (Fotos: Philip Karger):



Wer ist eigentlich liberal?

Die inflationäre Verwendung des Wortes «liberal» verwirrt viele Leute, dies vor allem deshalb, weil Politiker jeglicher Couleur dieses «Markenzeichen» für sich beanspruchen. Der Direktor des Liberalen Instituts, einem «Think Tank» des liberalen Gedankenguts, Pierre Bessard, fasst im folgenden Artikel kurz zusammen, was «liberal» eigentlich heisst und wie wichtig echter Liberalismus für jeden freiheitlich denkenden Bürger ist.

Reicht es, sich «liberal» zu nennen, um es auch wirklich zu sein? Wird die Vielfalt der Politiker und Parteien betrachtet, die sich gegenwärtig mit dem Wort schmücken, könnte man fast schon an ein Comeback liberaler Ideen glauben. Die tonangebende SVP nennt sich «liberal-konservativ», die Berner und Bündner Dissidenten bildeten den eigentlichen «liberalen Flügel» dieser Partei, die FDP beansprucht die Liberalität für sich, die CVP sei «sozial-liberal» und dazu kommen noch die Grünliberalen und weitere «Linkliberale».

Wirrwarr der Etiketten

In diesem Wirrwarr liberaler Etiketten ist Vorsicht geboten. Trotz einem quasi-universalen politischen Lippenbekenntnis zum Liberalismus ist auch in der Schweiz eine zunehmende Ausweitung der bevormundenden Kompetenzen und Interventionen des Staates einerseits und der entsprechenden fiskalischen Gefrässigkeit andererseits zu beobachten. Dabei werden bürgerliche Freiheiten sowie unternehmerische Handlungsspielräume zunehmend gefährdet.

«Liberal» ist ein schönes und beliebtes Wort, weil es auf die individuelle Freiheit, auf die Hochhaltung der Person und ihrer grundlegenden Rechte zurückführt. Diesem Denken verdankt die Menschheit der Renaissance, der Aufklärung und der industriellen Revolution bemerkenswerten Fortschritt. Weil der Liberalismus den Respekt gegenüber den anderen verlangt und in zwischenmenschlichen Beziehungen den Tausch in jedem Fall über den Zwang stellt, wird er zu Recht als Philosophie der Zivilisation betrachtet. Dem Liberalismus liegt auch

die Erkenntnis zugrunde, dass jedes Vermögen, jeder Wohlstand stets durch individuelle Anstrengung geschaffen werden muss — jeder vermeintlich teure Rohstoff erhält erst in den Händen der produktiven Individuen seinen Wert.

Freiheit des Eigentums

Die Liberalen beschränken sich daher auf die Hervorhebung jener Normen, die das Eigentum des Menschen an sich selbst und an den Früchten seiner Arbeit garantieren. Sie anerkennen, dass Freiheit die Voraussetzung wirkungsvoller Zusammenarbeit und Solidarität ist, dass sich individuelle Freiheit und wirtschaftliche Freiheit wechselseitig bedingen und den sozialen Zusammenhalt fördern. Demnach ist die Marktwirtschaft kein nutzenorientierter Hintergedanke des Liberalismus, sondern steht für den freiwilligen Tausch, der die produktiven zwischenmensch-

lichen Beziehungen in einer freien Gesellschaft prägt. Wer den Markt durch politische Eingriffe «bändigen» oder «zivilisieren» und dabei die umverteilenden und interventionistischen Zwänge des überbordenden «Wohlfahrtsstaates» konservieren oder gar ausbauen will, macht sich illiberal. Der ungehinderte Austausch ist ein Fundament der lebendigen Zivilgesellschaft. Wer Tausch und Solidarität durch Zwang ersetzt, zerstört die Grundlagen der harmonischen Kooperation.

«Staat» auf das wirklich Nötige beschränken

Der Staat kann Freiheit garantieren, wenn er sich auf seine Grundfunktionen beschränkt — die Verwaltung der Justiz und die Erbringung von Sicherheit. Wer vom Staat mehr verlangt und erwartet, trägt auf jeden Fall die Beweislast. Der Vorsorgestaat vermag der Komplexität einer Gesellschaft, die durch komplexes Wissen geprägt ist und auf internationalen Netzwerken beruht, kaum mehr gerecht zu werden. In einer solchen Welt nimmt die Notwendigkeit freiwilliger, «massgeschneiderter» Lösungen zu, wohingegen die Rolle einheitlicher, bindender Regeln abnimmt.

Liberalismus contra Vorsorgestaat

Der Liberalismus steht im Widerspruch zum willkürlichen Zwang des Vorsorgestaates, doch er formuliert zugleich praktikable Alternativen im Rahmen der Zivilgesellschaft und des freien Marktes. Welche Parteien oder Politiker dieses humanistische Gedankengut am besten vertreten, wenn überhaupt, muss jede Wählerin, jeder Wähler für sich entscheiden.

Jungliberale fordern «Studentbikes»

Mit dem ausgeliehenen Velo durch Basel radeln und es an der nächsten Station wieder zurückgeben, soll auch in Basel schon bald Realität werden. Dieses «Bike Sharing» genannte Projekt ist schon länger als Verkehrs- und Energiesparmassnahme im Aktionsprogramm der Jungliberalen ein Thema. Der Kontakt mit Lucas Girardet und dessen Organisation «Suisseroule» wurde bereits aufgenommen. Die Jungpartei hat dabei die Universität Basel mit ihren vielen, auf dem gesamten Stadtgebiet verstreuten Standorten als optimales Testfeld ausgemacht. Viele Studenten beklagen schon seit längerem das Problem, dass einige Standorte mit dem ÖV kaum innert den 15 Minuten zwischen den Vorlesungen zu erreichen seien. Hier soll das Projekt «Studentbike» greifen. Ziel dieser bei den Uni-Fazilitäten stehenden «Studentbikes» ist es, eine effiziente Verbindung zwischen den Hauptgebäuden rund um den Petersplatz und den Aussenstandorten der Universität und deren Forschungspartnern zu schaffen. Die «Studentbikes» wären damit eine sinnvolle Ergänzung zur bereits vor einigen Jahren lancierten Idee, Schüler, Lehrlinge und Studenten gratis, mittels der Einführung eines «Auszubildenden Umweltschutz Abos» mit den Mitteln des öffentlichen Verkehrs zu deren Ausbildungsstätten zu transportieren.

Erfolg für Burckhardt

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Beschluss von Ende August, die Motion Andreas Burckhardt «zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im Steuerwettbewerb» zu überweisen. Nach einem Meinungswechsel im Grossen Rat sei der Regierungsrat, der sich schon bei der Gesetzesrevision zum Steuerpaket für Massnahmen zur Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung aussprach, bereit, eine entsprechende Gesetzesvorlage vorzubereiten.

Der Richter am Basler Strafgericht – keine filmreife Rolle

Die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger von unseren Richtern wird massgeblich beeinflusst durch Filme und TV-Serien. Dass die Arbeit der Rechtsfindung in Basel-Stadt aber alles andere als «filmreif» ist, verdeutlichen die nachfolgenden Zeilen.



von Dr. Jeremy Stephenson, Vorsitzender Präsident Strafgericht Basel

Wer kennt sie nicht die grossartigen anglo-amerikanischen Filme über Gerichtsverhandlungen wie z. B. «Die 12 Geschworenen» oder «Zeugin der Anklage». Diese Filme prägten die Vorstellung vieler Zuschauer über den Ablauf von Strafprozessen.

Bühnenreife Auftritte als Nährboden für Fehlurteile

Der weise mit Talar und Perücke ausgestattete Gerichtspräsident überwacht die bühnenreifen Auftritte von Staatsanwalt und Verteidiger. Die Zeugin zerbricht beinahe im Kreuzverhör und die 12 Geschworenen hören der ganzen Sache gespannt zu, um schliesslich dem Präsidenten einen Zettel zu übergeben mit dem Stichwort «guilty» oder «not guilty». Spannendes Theater – aber in Wirklichkeit der Nährboden für unzählige Fehlurteile. Beim Geschworenengericht entscheiden alleine die 12 Geschworenen über Schuld oder Nichtschuld. Diese archaische Prozessform entspricht dem historischen Gedanken, dass das Volk selber über seine Missetäter richten soll. Zu viel Einfluss von professionellen Juristen war verpönt und man war lange der Ansicht, dass

der gesunde Menschenverstand wohl noch die beste richterliche Hilfe darstellen soll. Dass diese aus dem Volk ernannten Geschworenen durch showreife Einlagen der Parteivertreter geblendet und an der Wahrheitsfindung vorbei in die Irre geführt werden, wollte man lange Zeit nicht einsehen – und die Amerikaner sehen es heute noch nicht ein.

Berufsrichter in Europa

In Kontinentaleuropa sitzen schon seit Jahrhunderten professionelle Richter mit juristischer Ausbildung im Gericht. Heute gibt es zahlreiche Gerichte, die nur mit vollamtlichen Juristen als Richter besetzt sind. Bestes Beispiel ist das Schweizerische Bundesgericht. In den unteren kantonalen Instanzen trifft man allerdings häufig noch eine Mischform von vollamtlichem Gerichtspräsidentium und Laienrichtertum an. Historisch ist diese Gerichtsform aus der Idee erwachsen, dass man den vollamtlichen Juristen eine mögliche «déformation professionnelle» oder Geheim- und Kammerjustiz nachsagte. Vor allem wollte man aber durch die Volksvertreter (sprich Lai-

enrichter) eine Kontrolle über die Justiz ausüben.

Profi-Richter und Laien in Basel

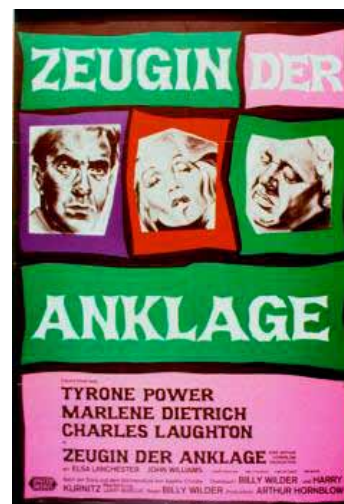
Am Strafgericht Basel-Stadt sind die 10 Gerichtspräsidenten mit vollamtlichen Juristinnen und Juristen besetzt. Daneben sind 36 Laien als Richterinnen und Richter gewählt, welche im Nebenamt mit einem bescheidenen Sitzungsgeld das Gericht ergänzen. Diese Mischform mit Gerichtspräsident und Laienrichtern wird bei uns in Basel sehr geschätzt, zumal die Meinungen der Nichtjuristen durchaus zu befruchtenden Diskussionen in der Beratung führen können.

Personalfindung wird immer schwieriger

Unsere Partei stellt im Moment 2 vollamtliche Gerichtspräsidenten sowie 4 Richterinnen am Strafgericht. Diese durchaus gut funktionierende Mischung zwischen Profis und Laien wird allerdings in den nächsten Jahren auf die Probe gestellt. Zunächst wird es immer schwieriger, wirklich geeignete Personen für ein Richteramt zu finden.



Filme wie «Das Urteil von Nürnberg» (hier Spencer Tracy und Marlene Dietrich) ...



...oder «Zeugin der Anklage» beeinflussen noch heute die Meinungen darüber, wie Richter agieren.

Der Zeitaufwand ist (vor allem für berufstätige Personen) relativ hoch und der Verdienst bescheiden.

Neue Strafprozessordnung

Sodann wird per 1. Januar 2011 die neue eidgenössische Strafprozessordnung in Kraft treten. Der Strafprozess in der heutigen Form wird der Vergangenheit angehören. Es ist neu vorgesehen, dass alle Prozessbeteiligten, d. h. auch die Laienrichter sämtliche Verfahrensakte vor der eigentlichen Hauptverhandlung studieren müssen – und das sind meistens einige Hundert Seiten (in grösseren Fällen können es auch einige Tausend Seiten sein). Dadurch erhofft man sich, dass die Hauptverhandlung kürzer aber konzentrierter durchgeführt werden kann. Dieses Vorweg-Studium der Akten wird die Laienrichter arg strapazieren, zumal sie den Fall ohne juristische Beihilfe lesen und vor allem verstehen müssen.

Mischform Vollamt - Laien ist gefährdet

Die Frage ist deshalb berechtigt, ob die heute noch praktizierte Mischform von vollamtlichen Präsidenten und Laien in Zukunft noch funktionieren wird oder ob langfristig auch die unteren kantonalen Gerichtsinstanzen auf professionelle Richter setzen werden.

Anzeige

YANGiR (CAPRA IBEX SIBIRICA)

Die Capra Ibex Sibirica ist in den asiatischen Hochgebirgen (Tian Shan, Pamir, Altai, Himalaya) zwischen 3000 und 7000 m zu Hause. Uralte Steinzeichnungen in Kyrgyzstan legen nahe, dass sie einst gottähnliche Verehrung genoss.

Zum Schutz gegen das extreme Klima generiere sie eine ganz aussergewöhnliche feine Unterwolle, die von den Menschen seit Jahrtausenden gesammelt wird. Der Weichheit der Faser und der Klimakontrollfähigkeit wegen. Zusammen mit dem Wollfett ist die Isolation des Materials, Professor Grzymek' Enzyklopädie zufolge, dergestalt, „dass der Schnee auf dem Rücken dieser Steinböcke den ganzen Winter durch nicht schmilzt“.

Der Unterzeichnete hat die seltene Faser anlässlich von Exkursionen in Kyrgyzstan, der Mongolei und dem westlichen China im Jahre 2000 wieder entdeckt und reifte zur Überzeugung, sie in Augsburg in edle Duvets betten zu lassen, um ihren natürlichen Komfort optimal zu akzentuieren.



Anzeige



YANGiR ist erheblich feiner als das feinste chinesische Cashmere, vergleichbar mit dem Vicuña der Anden und wird nur vom tibetanischen Shahtoosh übertroffen. Aus Gründen des Artenschutzes beschränkt unser Haus das Angebot weltweit auf 200 Duvets pro Jahr.

Derweil liberale Werte ewig sind, stellen unsere geschätzten deutschen Partnerfabriken seit Generationen kunstvolle materielle Werte her, die natürlich, die konstant, die weder volatil, noch à la hausse, noch à la baisse sind. Es sind feine Werte. Feine Werte, die bleiben. Ganz so, wie die Liberalen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'René Friedlin', with a large, stylized initial 'R'.

René Friedlin

Verwaltungsrat

Groupe René Friedlin AG in Aesch/BL

Telefon: 061 712 15 18

speciality-fibres@grfag.ch

Dr Schaggi Barteschlag maint...

Mängisch ha-n-y scho s Gfühl, die, wo-n-is regiере, halte-n-is für - Äxgyysi - saublödi Duubel. Zem Byspiil, wenn dr Bundesroot in d Staate pilgeret, de Amis tuusigi vo Datesetz vo de Bange zuesait und drnoo voller Stolz verkündet, s Schwyzer Bangkungdegheimnis sygi gsicheret. Oder wenn dr Basler Sicherheitsdiräggher drvooschwärmt, wie sicher doch Basel sygi - und e baar Syte wyter hinde in dr Zittig vo Schiessereye, Mässerstächerereye, Raubüberfäll und ähnligem brichtet wird. Und dr glychi Regierigsrot so schnäll no s Brojäggt vo Video-Überwachig us em Huet zauberet und mit sym bekannt fründligge Lächle erlütteret, as daas aber au gar nüt z schaffe haygi mit em Ultimatum vo dr SVP. Dr Vogel abgschosse hett aber vor e baar Dääg dr Basler Baudiräggher. Dä verkündet im Bruschtton vo dr Überzüügig, dr Ruggbau vo Wasgering und Luzärnerring sygi e Massnahm, wo für d Automobilischte droffe wurdi. Und wär öbbis andersch behaupti, sygi poleemisch. Mit dr glyche Konsequenz könn me au verzelle, s Verdaile vo Schusswaffe wurd em Friide nutze. Y bi zwoor schlächt gsy in dr Physik, aber fir daas Experimänt wurdi's no länge: Me loot Wasser dur zwei glych grossi Röhre laufe. Drnoo bhaltet me d Wassermängi by, nimmt aber ai Röhre wäg. Was bassiert? Vorne sprützt's mit höherem Drugg uuse, hinde staut's sich - oder d Röhre explo-diert. Aber villicht hett dr Basler Baudiräggher nie Physik gha...

Mitglieder werben Mitglieder

Das wertvollste Kapital einer Partei sind ihre Mitglieder. In qualitativer Hinsicht kann sich die LDP Basel-Stadt da nicht beklagen: Wir verfügen über eine Vielzahl äusserst engagierter Mitglieder. Wo es hingegen noch Verbesserungspotential gibt, ist im quantitativen Bereich. Die LDP soll und will bei der Zahl der Mitglieder zulegen.

Deshalb wird die Aktion «Mitglieder werben Mitglieder» weitergeführt. Die entsprechenden Aufforderungsschreiben haben Sie erhalten.

Helfen Sie mit, der LDP mehr Mitglieder und damit noch grösseres Gewicht zu verschaffen!

Das Parteisekretariat erteilt gerne nähere Auskünfte:
Tel. 061 272 12 36
E-Mail: info@ldp.ch

LDP-Anlässe

Besuch der Basler Synagoge am 15. Oktober 2009 um 19.00 Uhr

Edouard Selig wird uns durch die grosse Synagoge an der Leimenstrasse 24 führen. Das Motto dieser Führung heisst: «Die hohen jüdischen Feiertage».

Was geschieht in einer Synagoge? Wie sieht eine Thora-rolle aus? In was für einer Sprache wird da gebetet? Was sind die hohen Feiertage? Warum sind die immer an anderen Daten und warum ist das Neujahrsfest mitten im Herbst?

Diese und viele andere Fragen werden Sie an dieser Führung und dem anschliessenden Apéro beantwortet bekommen. Eingeladen sind alle LDP-Mitglieder, Angehörige und Freunde mit Kindern und

Enkelkindern. Um planen zu können, bitten wir Sie, Ihre Anmeldung bis spätestens 1. September an info@ldp.ch zu schicken oder auf 061 272 17 43 zu faxen (separate Einladung folgt noch).

Neue Mitglieder

Wir begrüssen folgende Persönlichkeiten als neue Mitglieder der LDP Basel-Stadt:

Sandra Brettenthaler, 4125 Riehen

David Eltbogen, 4002 Basel

Pascal Kaufmann, 4125 Riehen

4010 Basel

PP

Impressum

Liberal - Forum für liberale Politik in der Region Basel

Nr. 3 / 2009 - September 2009
ISSN 1660-2544

Auflage

2'500 Exemplare erscheint sechs Mal jährlich

Herausgeberinnen

LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion

André Auderset

Redaktionsadresse

Elisabethenanlage 25, 4010 Basel
T 061 272 12 36,
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate

Elisabethenanlage 25, 4010 Basel
T 061 272 12 36,
F 061 272 17 43

Herstellung

Gremper AG, Basel